

BRIEF AUS  
BERLIN

ERFURT | WEIMAR | GRAMMETAL



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Tagen haben uns schreckliche Bilder von der griechischen Insel Lesbos erreicht. Oberste Priorität muss es nun sein, die Feuer zu löschen und Menschen zu retten.

Für die Beratungen zum Asyl- und Migrationspaket heißt es nun einmal mehr: Die Lage an der Außengrenze der Union ist nicht hinnehmbar und die Bedingungen im Camp sind menschenunwürdig. Deutschland und Europa müssen mehr tun.

Als nächstes ist aber dringend über eine menschenwürdige Unterbringung der jetzt Obdachlosen zu entscheiden. Dazu vertrete ich eine ganz klare Position:

Die Aufnahme von einigen Familien mit Kindern überfordert Deutschland nicht!

Sie wäre angemessene Antwort auf den im Moment eher traurigen Zustand der europäischen Idee. Ihre

Finanzpolitische Sprecherin der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Wiedereinreisesperre

Wer meine Arbeit verfolgt, weiß, dass ich mich auch für Geflüchtete und Integration einsetze. Ich bin aber der Meinung, dass als Gegenleistung unsere Gesetze strikt einzuhalten sind.

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett eine Erweiterung im Aufenthaltsgesetz um die „ergänzende Vorbereitungshaft“ beschlossen. Damit sollen Schwerstkriminelle, die trotz Einreisesperre wieder nach Deutschland zurückkehren, zur „Vorbereitung einer Abschiebungsandrohung“ für höchstens „vier Wochen“ inhaftiert werden können. Leider scheiterte eine weitreichendere Anwendung auf alle zu Freiheitsstrafen verurteilten Straftäter, die wieder einreisen, am SPD-geführten Justizministerium. Ursprünglich hatte das Innenministerium geplant, sobald ein Ausländer trotz seiner Wiedereinreisesperre wieder nach Deutschland kommt und einen Asylantrag stellt, dass dieser als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden soll, und hätte ein sofortiges Einreise- und Aufenthaltungsverbot festgeschrieben.

Die vom Innenministerium intensivierte Einreisekontrolle durch Schleierfahndung an Grenzen und Flughäfen zeigt dagegen Wirkung: 178 Migranten mit Wiedereinreisesperre wurden aufgegriffen und 249 offene nationale oder internationale Haftbefehle vollstreckt.

## Familienentlastung

In dieser Woche startet die Auszahlung des Corona-Kinderbonus von 300 Euro. Wir treiben gleichzeitig die im Koalitionsvertrag vereinbarte Entlastung von Familien weiter voran. Zur steuerlichen Entlastung der Familien steigt zum 1. Januar 2021 das Kindergeld um weitere 15 Euro. Gleichzeitig werden die steuerlichen Kinderfreibeträge entsprechend erhöht. Ebenfalls wird der Höchstbetrag für den Abzug von Unterhaltsleistungen nach § 33a Absatz 1 EStG angehoben. Zur Freistellung des steuerlichen Existenzminimums sowie zum Ausgleich der kalten Progression werden der Grundfreibetrag angehoben und Eckwerte verschoben.

## Wirtschaftsgesetze

### Fairer Wettbewerb

In dieser Woche haben wir das „Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs“ beschlossen: Mit diesem Gesetz werden kleine und mittlere Unternehmen vor missbräuchlichen kostenpflichtigen Abmahnungen wegen Verstößen gegen die Datenschutzgrundverordnung geschützt.

Der Gesetzentwurf enthält eine Reihe aufeinander abgestimmter Maßnahmen zur Verhinderung eines Missbrauchs des bewährten Abmahnrechts sowie zur Verbesserung der Transparenz bei urheberrechtlichen Abmahnungen. Die ebenfalls vorgesehene Einführung einer Reparaturklausel

im Designrecht dient der Verbesserung des Wettbewerbs bei formgebundenen Ersatzteilen im Interesse von Verbrauchern sowie des freien Ersatzteilhandels.

### Investitionsbeschleunigung

Klare Prioritäten und schnelle Investitionsentscheidungen sind die Grundlage für sichere Arbeitsplätze und einen leistungsfähigen Staat. In dieser Woche haben wir daher das *Investitionsbeschleunigungsgesetz* beraten.

Es beinhaltet wichtige Verbesserungen für den Verkehrssektor:

- die Beschleunigung von Baumaßnahmen im Bereich der Schiene, da für bestimmte Baumaßnahmen wie die Elektrifizierung von Schienenstrecken keine Planfeststellungsverfahren mehr notwendig sind,
- die Erleichterung von Umweltprüfungen in Einzelfällen,
- die Änderungen bei Raumordnungsverfahren,
- die Verkürzung verwaltungsgerichtlicher Verfahren etwa beim Bau von Landesstraßen
- die Beschleunigung von Genehmigungs- oder Verwaltungsverfahren bei wichtigen überregionalen Infrastrukturprojekten.

Investitionen in die Infrastruktur sollen damit schneller wirken.

### KfZ-Steuer

Im Klimaschutzprogramm 2030 wurde auch die klimafreundliche KfZ-Steuer bei Neuwagen vereinbart. Zur Förderung des Umstiegs auf elektrische Antriebe ist eine Verlängerung der zehnjährigen Kraftfahrzeugsteuerbefreiung in Höhe von 30 Euro im Jahr für bis Ende 2025 erstzugelassene reine Elektrofahrzeuge vorgesehen. Die Steuerbefreiung gilt jedoch längstens bis 31. Dezember 2030.

Bei Neuwagen gilt der Grundsatz: CO2 runter, Steuern runter! Die Reform zielt auf weniger Emissionen. Wie bisher soll die Kraftfahrzeugsteuer aus Hubraum und einer Klimakomponente errechnet werden.

### Erfurter Hauptbahnhof gefördert

Noch in diesem Jahr wird der Bund 245.000 Euro in die Erhöhung der Aufenthaltsqualität im Hauptbahnhof Erfurt investieren. Die Mittel stammen aus dem Corona-Konjunkturpaket in Höhe von 40 Mio. Euro. Bundesweit werden noch in diesem Jahr 167 Bahnhöfe aufgefrischt. Die Mittel sollen noch in diesem Jahr als Konjunkturimpuls für kleine und mittelständische Handwerksbetriebe vor Ort investiert werden und dienen unter anderem der Erneuerung der Treppen, Zugänge, Zäune und Dächer sowie dem Austausch von Wand- und Bodenbelägen.

### Sommertour

Im Rahmen meiner Sommertour war ich in den vergangenen Wochen im Wahlkreis unterwegs und konnte viele Gespräche führen. Gemeinsam konnten wir uns über aktuelle Programme und Projekte des Bundes, aber auch über Probleme vor Ort austauschen. Ich danke allen Engagierten vor Ort für ihre unermüdliche Arbeit und den intensiven Austausch.



Im Gespräch u.a. in Egstedt mit: Ortsteilbürgermeister Christian Lünser, Astrid Regel, Dieter Lünser, Rosi Lünser und Wolfgang Bey